



Tom Koenigs

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227 73335
Fax: 030-227 76147
Mail: tom.koenigs@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Liebigstraße 83
35392 Gießen
Tel.: 0641-6868 1177
Fax: 0641-6868 1179
Mail: tom.koenigs@wk.bundestag.de

Bericht über den Besuch in Kabul und Mazar-e Sharif (Afghanistan) vom 18. bis 21.2.2010 zusammen mit Marieluise Beck (MdB)

Am 31.12.2007 endete meine Zeit als Leiter der UN-Mission in Afghanistan, jetzt war ich zum ersten mal seit mehr als zwei Jahren wieder im Land – nun als Bundestagsabgeordneter gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Marieluise Beck. Die Reise hatte mehrere Ziele: Einerseits wollte ich mir einen direkten Eindruck davon verschaffen, wie sich Afghanistan entwickelt hat, andererseits wollte ich mit möglichst vielen Menschen sprechen, mit Soldaten und Polizisten, Vertretern Deutschlands und Europas, afghanischen Regierungsmitgliedern und Parlamentsabgeordneten, aber auch ehemaligen Kollegen der UN-Mission in Afghanistan und einfachen Afghanen. Mein Bericht ist kein Protokoll, das mein Reiseprogramm abbildet, sondern eher ein ausführliches Fazit, das ich thematisch grob gegliedert habe.

Der Besuch wurde vom AA, Deutsche Botschaft Kabul (BR Buck) und dem BMVg, RC North (BG Leidenberger) organisiert und vom BKA (Hrn Fliege) gesichert. Vorbereitung und Durchführung waren effizient und angenehm.

Meine Gesprächspartner waren in Kabul u. a.: Geschäftsträger a.i. Dr. Christian Buck und LR Jetzlsperger (Deutsche Botschaft), VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Gruppen (organisiert durch die Heinrich-Boell-Stiftung), dem afghanischen Außenminister Zalmay Rassoul, Dr. Sima Samar (Leiterin der Menschenrechtskommission AIHRC), Amrullah Saleh (Leiter des Geheimdienstes NDS), Barbara Stapleton (Stellvertreterin des EU-Sonderbeauftragten) und Ettore Sequi (Sonderbeauftragter der EU), MitarbeiterInnen der UN-Mission UNAMA, Karl Eide (Sondergesandter des Generalsekretärs der VN), Mark Sedwill (Hoher Ziviler

Repräsentant der NATO) auf der zivilen Seite und in Mazar-e Sharif GM Castorf (Chef des Stabes ISAF), BG Leidenberger (RC North), GM Murad Ali Murad (Com 209.ANA-Corps), OLT Wiesner (Provost Marshal) sowie vom German Police Project Team PD Bielor und andere. In Mazar-e Sharif wurde die Ali-Chopan High School besucht sowie das Camp Shaheen und das Camp Marmal, anschließend folgte eine Fahrt durch die Stadt mit Blick auf die blaue Moschee.

Erste Eindrücke

Schon vom Auto aus zeigt sich, dass Kabul und Mazar-e Sharif sich in den letzten zwei Jahren deutlich verändert haben: die Wirtschaftstätigkeit ist lebhafter, vor allem in Mazar, die Zahl der Neubauten größer und der Verkehr lebhafter. Allen schlechten Nachrichten zum Trotz entwickelt sich offenbar besonders in Norden die geschäftige und bauliche Betriebsamkeit gut. Kabul ist zwar durch die Anschläge noch mehr mit Barrikaden, Straßensperren und Palisaden verbaut, dennoch gibt es viel Normalität, Handel und Wandel - deutlich mehr als vor zwei Jahren.

In Mazar hat vor allem die gewerbliche Bautätigkeit an den Ausfallstraßen der Stadt hat zugenommen. Aber auch in der Stadt sind die Verbesserungen an Wohn- und Geschäftshäusern sichtbar. Straßen sind asphaltiert worden, Kreisverkehrsinseln ordnen das Chaos. Ein Hauch von Stadtplanung zeigt sich.

Auch wenn sich die Sicherheit im Land (nicht aber in Mazar) verschlechtert hat und das Thema Sicherheit allgegenwärtig bleibt, ist die Zuversicht größer, als ich sie Ende 2007 erlebt habe. Vor allem wird von fast allen meinen Gesprächspartnern die Londoner Konferenz als Indikator gewertet, dass die internationale Gemeinschaft es wirklich ernst meint mit ihrem Hilfsangebot und dass die USA nun endlich Afghanistan prioritär behandelt. Die Hoffnungen – auch die von Marktverkäufern und anderen eher gewöhnlichen Afghanen, mit denen ich sprechen konnte – ruhen auch auf dem gesteigerten US-Truppenaufkommen.

Afghanen wie die Vertreter der internationalen Politik betonen, dass noch vor zwei Jahren nur 30.000 ISAF-Soldaten im Land waren, bald werden es 130.000 sein. Man verspricht sich davon einen Stabilitätsgewinn. Die Taliban-Guerilla habe sich zwar ausgedehnt, sei aber über die pashtunischen Siedlungen nicht hinausgewachsen. "Sie können gegen die ganze Welt und gegen die Demokraten und gegen den ganzen Norden Afghanistans nicht gewinnen", sagte Rassoul.

Kein einziger Gesprächspartner kann sich einen schnellen Abzug der internationalen Truppen vorstellen oder wünscht sich diesen. Allerdings ist allen auch die Dramatik der Situation wohl bewusst: die öffentliche Meinung in Afghanistan wird weitere zehn Jahre ohne Entscheidung nicht durchstehen. Genauso ist man sich bewusst, dass auch die internationale Gemeinschaft mit den verschiedenen nationalen öffentlichen Meinungen nicht mehr lange auf Seiten der Afghanen stehen wird. Dass zu einer Wende, einem

Umschwung, einer Entscheidung auch die Afghanen und die afghanische Regierung, die Armee und die Polizei in der nächsten Zeit mehr werden beitragen müssen, ist den Gesprächspartnern ebenso klar. Deshalb ist die westliche Debatte um ein Abzugsdatum relativ irrelevant für die Afghanen, mit denen wir gesprochen haben: im kommenden Jahr müsse es eine Entscheidung geben, in den kommenden drei Jahren müssten die Afghanen selbst die Verantwortung übernehmen und danach würden die ausländischen Truppen abziehen, schrittweise und ohne die Ausbildungs- und materiellen Unterstützungsleistungen aufzugeben, aber doch in dem Bewusstsein, dass sie nicht ewig bleiben wollen und können.

Die mit dem Personalwachstum von ANA und ANP, aber mit auch den internationalen Truppen verbundenen Belästigungen und Bedrohungen, zivile Opfer der Militäraktionen und Zerstörungen werden bemerkt und durchlitten, allerdings in gewissem Maße auch als unvermeidlich gesehen. Die Vermehrung der Truppen und der Truppenaktivität wird deshalb allgemein unterstützt.

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Der Strategiewechsel der Obama - Administration wird vor allem als Wandel in der Entschlossenheit, den Krieg gegen die Taliban zu gewinnen, gesehen. Die Strategie, jetzt gegen die Hot-Spots vorzugehen und die dann gewonnene Kontrolle auch zu halten, wird als überfällig begrüßt. Die Hoffnung, dass damit auch gleich Projekte, Hilfe, Wiederaufbau kommen, dass Hilfe bei allen Leuten sichtbar ankommt, wird immer gleich im nächsten Satz ausgedrückt. Hier ist allerdings auf der Seite der NATO noch vieles unklar. Der Senior Civilian Representative der NATO, Mark Sedwill, hat große Pläne. Er will das, was wegen der fehlenden Sicherheit und der attestierten Schwäche UNAMA nicht gelungen ist, jetzt vonseiten der NATO anpacken: Der zivile Aufbau soll schneller starten, wenn Regionen von Aufständischen befreit wurden. Bisher lassen allerdings die Strukturen oder die Vorbereitungen nicht viel von dem erkennen, was die NATO sich vorgenommen hat. Immerhin hat aber der ComISAF, General Stanley McChrystal, die Durchführung der militärischen Operationen an seinen Stellvertreter delegiert, um sich selbst ganz dem politisch-wirtschaftlich-sicherheitsmäßigen Gesamtkonzept und seiner Umsetzung widmen zu können. Für den Wiederaufbau steht 70köpfiges Team bereit, das eng mit Senior Civilian Representative zusammenarbeitet. Ob für eine solche integrierte Sicherheits- und Wiederaufbauoperation diese Strukturen tragfähig sind, wird sich bald im Zusammenhang mit der Operation Moshtarak in der Provinz Helmand herausstellen.

Pakistan

Das Verhältnis zu Pakistan wird als entscheidend für den Frieden und die Sicherheit gesehen. Das Misstrauen in den pakistanischen Geheimdienst ISI ist aber so groß, dass es meine afghanischen Gesprächspartnern schwer fällt, eine baldige Lösung oder auch nur Fortschritte zu sehen. Im Gegensatz zur militärisch-zivilen Strategie ist die

Regionalstrategie auch noch nicht ausformuliert oder auch nur in Ansätzen sichtbar. Der Sonderbeauftragte des State Department, Richard Holbrooke, scheint nicht beliebt und wird nicht auf Erfolgskurs gesehen. Eine schlüssige europäische Regionalstrategie ist auch nicht sichtbar. Ohne eine Zusammenarbeit auf politischer, militärischer und vor allem auch geheimdienstlicher Ebene ist aber ein nachhaltiger Fortschritt der Kampagne gegen die Taliban nicht zu erwarten. Es gibt nur sehr wenige positive Anzeichen bzgl. des ISI, sagte mir Amrullah Saleh, der Leiter des afghanischen Geheimdienstes NDS. Das NSD sieht im ISI immer noch den Erzfeind und die Quelle fast allen Übels.

Auch wenn fast alle Gesprächspartner sagen, dass eine Übereinkunft mit Pakistan sehr wichtig, scheint doch niemand willens, einen ersten oder zweiten Schritt zu gehen, ohne dazu (vielleicht von der internationalen Gemeinschaft, i.e. vor allem die USA) gezwungen zu werden. Sowieso interpretieren viele afghanische Gesprächspartner das internationale Engagement in Afghanistan kaum noch als ein multilaterales Projekt der Staatengemeinschaft. Die abermalige Erhöhung der militärischen und zivilen Mittel durch die USA hat in den Augen der Afghanen die internationale Unterstützung in beiden Bereichen fast vollständig zu einer Sache der Amerikaner gemacht. Im Norden gibt es sicher ein besonderes Verhältnis zu den Deutschen, die nach wie vor beliebt sind. Effektiv üben aber auch dort zunehmend eher US-Truppen Macht aus. Deshalb wird die Aufstockung des amerikanischen Kontingents auch von den Afghanen, mit denen ich sprach, begrüßt. Auch bezüglich des Polizeiprojekts ist die Kapazität der USA der deutschen um ein vielfaches überlegen, wenngleich man sich inzwischen nicht mehr kritisiert, sondern zu ergänzen versucht.

Reintegrationsfonds

Wie man mit verhandlungswilligen Taliban umgehen, bleibt umstritten. Der große Geld-Fonds, der auf der Londoner Konferenz gebildet worden ist, lockt natürlich, weckt aber auch Befürchtungen, er werde vor allem in die Korruption abfließen, wie es schon bei ähnlichen Versuchen zuvor der Fall war. Kaum einer der Gesprächspartner hatte auch nur eine vage Vorstellung davon, wie die angekündigte Fonds-Lösung sinnvoll umgesetzt werden sollte. Viele, vor allem aus dem Norden oder von der sogenannten tadjikischen Bevölkerung, waren der Meinung, das Sicherheitsproblem sei vor allem eines, das ihnen die Pashtunen eingebrockt hätten und das nur durch einen Siegfrieden zu beenden sei. Ich hatte den Eindruck, dass auch unter Abgeordneten das militaristische Denken weiter entwickelt und tonangebender ist als die Prinzipien des zivilen Peace-Keeping und der parlamentarischen Konfliktaustragung es sind – kein Wunder, nach drei Jahrzehnten Krieg und Bürgerkrieg. Die Gefahr, dass eine nur militärische Lösung gerade die brutalsten Warlords der Nord-Allianz wieder aus der Versenkung hervortreten lassen würde, wird nicht gesehen. Insbesondere die Frauen, mit denen wir gesprochen haben, waren nicht bereit, zu akzeptieren, dass ein Kompromiss mit den Taliban gefunden werden müsste. Sie befürchteten, dass auch eine geringe Beteiligung von Fundamentalisten am politischen Alltag ihre Rechte nur

einschränken kann und ihnen den Spielraum, den sie sich gerade erst im Parlament erkämpft haben, wieder nehmen würde. Auch die Vorstellung, denen, die die verfassungsmäßige Ordnung mit Gewalt bekämpft haben, Wiedereingliederungshilfen zu gewähren, während viele von denen, die Frieden gehalten und mit dem neuen demokratischen Staat kooperiert haben, noch wenig vom Wiederaufbau gespürt haben oder jedenfalls nicht genug, ist ihnen zuwider. Das Misstrauen in die Reintegrationspläne wird verstärkt durch den Ansehensverlust, den die Karzai-Regierung in den letzten Jahren, ganz besonders aber durch die Wahl erlitten hat. Die Befürchtung ist offenbar, dass der schwache und korrupte Staat nicht stark genug ist, um die Aufständischen ohne gravierenden Integritätsverlust verkraften kann. Die Korruption wird in der Umgebung des Präsidenten allenthalben gesehen, auch wenn solche Vorwürfe dem Präsidenten selbst nicht gemacht werden. Seine Minister werden von den Parlamentariern, mit denen wir sprechen konnten, unterschiedslos beschuldigt. Dabei gibt es kaum Alternativen oder politische Gruppierungen, denen man zutraut, besser zu regieren. Auch mutet es sonderbar an, dass auch viele Parlamentarier die Regierung der Korruption anklagen, während sie glaubwürdigen Berichten zufolge gerade selbst jüngst bei der Bestätigung der wichtigsten Minister des neuen Kabinetts die Hand aufgehoben haben. Es ist jedoch deutlich zu merken, dass der Ansehens- und Legitimitätsverlust des Präsidenten ist in den letzten beiden Jahren erheblich fortgeschritten ist, auch wenn er selten direkt angegriffen wird.

Menschenrechtslage

Die Menschenrechtssituation wird von allen Seiten als nach wie vor höchst problematisch angesehen. Das Ansehen der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) ist nach wie vor hoch. Für die Zivilgesellschaft und die Demokraten im ganzen Land ist sie ein Richtpunkt, wenngleich die militärische Lage auch ihre Arbeit erschwert. Der Präsident ist ihr gegenüber ambivalent, inzwischen - vor allem nach der scharfen Kritik am Wahlvorgang - sogar ablehnend. Die Vorsitzende wird nicht mehr empfangen. Die Beobachtung der Wahl hat die Commission sehr gefordert. Bei der Untersuchung und Dokumentierung ziviler Opfer militärischer Operationen ist sie nach wie vor die glaubwürdigste Adresse (auch für die in Kunduz) und bei der Beurteilung der Gesamtentwicklung in Afghanistan orientieren sich viele Gesprächspartner an ihren Einschätzungen. Die AIHRC macht Untersuchungen zu Einzelthemen wie Folter und Unterdrückung der Frauen, sie hat Zugang zu allen Gefängnissen (das ist ein Fortschritt gegenüber früheren Jahren) und versucht, über Missstände zu berichten. Die Kritik an Präsenz und Arbeit der Warlords und Verbrecher vergangener Kriege hält die Commission wach und bringt sie aber auch in Gefahr. Sie ist zur Zeit die einzige afghanische Organisation, die regelmäßig eine systematische Aufarbeitung der Vergangenheit (Transitional Justice) fordert und kontinuierlich Beiträge dazu liefert – und die auch in der afghanischen Öffentlichkeit damit wahrgenommen wird. Für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und der Gegenwart ist sie der einzige landesweit vertretene vertrauenswürdige Ansprechpartner.

Die Zusammenarbeit der AIHRC mit UNAMA ist immer noch gut, wenn auch nicht so intensiv, wie vor Jahren.

UNAMA hat sehr unter der Verschlechterung der Sicherheitslage allgemein und dem Angriff auf eine der Unterkünfte von NAMSA-Personal gelitten. Der temporäre Rückzug eines Teils des Personals hat in der afghanischen Öffentlichkeit sehr schlecht gewirkt. Doch die ausgelagerten Kräfte sind inzwischen zurückgekehrt. Alle Außenstellen (ca. 20) werden auch weiter betrieben, wenngleich die Arbeit oft sehr schwierig ist. Die UN haben Probleme, genug geeignetes internationales Personal für Afghanistan zu gewinnen, berichteten Mitarbeiter der Mission. Dennoch ist der Optimismus in den letzten beiden Jahren nicht schwächer geworden.

Die in manchen NGO-Kreisen geführte Diskussion, wie weit man mit Militärs oder im Schatten der Militärs arbeiten kann, ohne die Grenzen, Aufgaben und Wahrnehmungen zu verwirren, scheint vor Ort nicht wichtig zu sein: jeder solle das tun, was er am besten könnte und die Sicherheit sei nun mal auch für NGOs ein wichtiger Faktor. Es kann sein, dass wir nicht alle Stimmen hierzu eingefangen haben. Das Abstandsgebot zwischen Zivilem und Militärischem war unseren Gesprächspartnern jedoch augenscheinlich nicht vorrangig.

Bundeswehr und Bundespolizei

In den Gesprächen mit Angehörigen der Bundeswehr und der Bundespolizei, die sehr offen und engagiert geführt wurden, fiel auf, dass der Heimatdiskurs über Afghanistan und den militärischen und polizeilichen Einsatz den dort stationierten Kräften große Schwierigkeiten macht. Dass ihr Engagement, ihr Einsatz und das Risiko, dem sie sich stellen, in Deutschland nicht gewürdigt wird, werfen sie vor allem der Politik vor – nicht nur der Opposition sondern auch der Regierung. Man fühlt sich – auch vom Bundestag – verlassen und verraten. Natürlich wirkte die Diskussion der Bischöfin Käßmann nach: Dass nichts gut sei an ihrer Arbeit, schmerzt die Polizisten und Soldaten. Wohl noch schlimmer wirkt aber, dass Freunde und auch die Familien in Deutschland immer wieder fragten, was einer denn noch in Afghanistan mache – als sei die Schlacht schon verloren, der Krieg eher ein Verbrechen als eine Heldentat und das Engagement zumindest vergebens, vielleicht auch einfältig, auf jeden Fall aber verfehlt. Dass offenbar auch die Wertschätzung der Heimkehrer bei der Truppe nicht die ist, die man sich wünschen könnte, wird ebenso bemerkt wie der Eindruck beklagt, dass man in Deutschland leichter oder doch mindestens genauso schnell befördert wird, wie draußen usw. Auch die mangelnde technische Unterstützung wird betont: Man sei auf diese Anforderungen nicht vorbereitet, die Geräte ständig defekt, weil technisch zu kompliziert für einen monatelangen Feldeinsatz fern der hochtechnisierten Wartungseinrichtungen daheim – dennoch bewillige der Bundestag ständig neue prestigeträchtige Rüstungsprojekte für High-End-Technik, während man noch nicht einmal ausreichend Munition in den Lagern hätte.

Gerade die engagiertesten der Soldaten leiden unter solchem "home-grown" Frust. Es herrscht Unverständnis über das Unverständnis. Nicht nur die Frage der Truppenbetreuung sondern auch die der Einstellung der deutschen Gesellschaft zur Bundeswehr allgemein und besonders zu dem Afghanistan-Einsatz wird problematisiert. Man vergleicht sie mit der Unterstützung, die die amerikanischen, britischen und anderen Kameraden aus ihren Heimatländern erfahren – und registriert mangelnde Dankbarkeit und Respekt. Hohe Erwartungen an uns und unsere Überzeugungskraft in der Heimat begleiten uns.